

Siegburg, den 19.09.2012

**Ergebnisniederschrift
über die Sitzung des Arbeitskreises Gender Budgeting
am 28.08.2012**

Ort der Sitzung: Kreishaus, Raum B 1.12

Datum der Einladung: 20.08.2012

Anwesende Mitglieder:

KTAbg. Hildegard Helmes	CDU
Skb'in Ursula Gliss-Dekker	SPD
KTAbg. Johanna Bienentreu	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Skb'in Jana Rentzsch	FDP

von der Verwaltung:

Kreisdirektorin Annerose Heinze
Björn Bourauel (Kämmerei)
Irmgard Schillo (Gleichstellungsbeauftragte)
Brigitta Lindemann (Gleichstellungsstelle)

Die Gleichstellungsbeauftragte Irmgard Schillo begrüßte die Mitglieder des Arbeitskreises.

TOP 1: Kurze Darstellung zur Entwicklung der Gender-Diskussion im Gleichstellungsausschuss

Irmgard Schillo stellte kurz die Entwicklung der Gender Diskussion im Gleichstellungsausschuss (GIA) dar:

Die SPD-Kreistagsfraktion stellte am 30.04.2010 den Antrag die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bergisch Gladbach einzuladen, damit sie über den gegenderten Haushalt ihrer Stadt berichtet.

Zur Erläuterung des Begriffs "Gender" wurde zunächst Frau Dr. Venth in den GIA am 10.09.2010 eingeladen.

Im darauf folgenden GIA am 07.04.2011 berichtete Frau Fahner über die Erfahrungen der Stadt Bergisch Gladbach Gender-Aspekte bei der Umsetzung des neuen Finanzmanagements zu berücksichtigen.

Im Anschluss regte die Vorsitzende Frau Deussen-Dopstadt an in den Fraktionen abzuklären, ob in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe weitere Schritte zum Thema Gender Budgeting beraten werden sollten.

In der Gleichstellungsausschusssitzung am 18.04.2012 benannten die Fraktionen die Mitglieder der Arbeitsgruppe.

TOP 2: Vorstellung der Internet-Recherche zur Implementierung von Gender Mainstreaming

Irmgard Schillo stellte eine beispielhafte Vorgehensweise zur Implementierung von Gender Mainstreaming vor. (Anlage 1)

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe stellten übereinstimmend fest, dass die Einführung des „Gender Mainstreaming Denkens“ in Verwaltungshandeln die Voraussetzung für die Implementierung von Gender Budgeting sei. Es gelte in einem kontinuierlichen Prozess Ängste und Vorurteile abzubauen und die Beschäftigten, insbesondere die Führungskräfte, für die Vorzüge und auch die Notwendigkeit von Gender Mainstreaming zu gewinnen.

TOP 3: Vorstellung von Beispielen zu Gender Budgeting

Irmgard Schillo schilderte, dass im Internet Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Budgeting z. B. in den Städten Augsburg, Dresden, Freiburg aufgezeigt würden. Ausführliche Erläuterungen seien z.B. in den Berichten über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting in den Senats- und Bezirksverwaltungen im Land Berlin zu finden.

Nach dem Ergebnis der Internetrecherche gibt es allerdings keine **Kreisverwaltung**, die Gender Budgeting umsetzt.

TOP 4: Austausch über Möglichkeiten der Übertragung auf die Kreisverwaltung

Irmgard Schillo stellte die Schwierigkeiten dar, ein Pilotprojekt in der Kreisverwaltung zu starten. Sie habe in Gesprächen mit Dezernats- und Amtsleitungen, das Vorhaben Gender Budgeting in einem Pilotprojekt zu starten, vorgestellt. Aufgrund der Aufgabenstellung einer Kreisverwaltung sei die Verzahnung mit den Kommunen und anderen Beteiligten stark. Ein geeignetes „isoliertes“ Projekt, bei dem der Arbeits- und Finanzaufwand für die Datenerhebung und weitere Bearbeitung in vertretbarem Rahmen stehe, wurde nicht gefunden. Bereits gegenderte Daten lägen in keinem geeigneten Projekt vor.

Frau Heinze regte an Genderaspekte ins betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) zu integrieren.

Dieser Vorschlag wurde von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe unterstützt, da das Thema „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ (BGM) bei den Beschäftigten positiv belegt sei. BGM habe viele Genderaspekte, wie : Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Barrierefreiheit, generationengerechtes Leben, Männergesundheit, Frauengesundheit,...

Die Arbeitsgruppe beriet, dass eine erste Verknüpfung des Gendergedankens mit dem Haushalt durch eine Präambel im Haushaltsplan dargestellt werden könne.

Parallel sollten z.B. durch Genderworkshops und kontinuierliche Informationen die Beschäftigten für das Thema sensibilisiert werden.

TOP 5: Vereinbarung über nächste Schritte

Die Arbeitsgruppe beschloss dieses Arbeitsergebnis im Gleichstellungsausschuss am 23. November 2012 vorzustellen.

Sofern der Ausschuss den Ergebnissen der Arbeitsgruppe zustimmt, kann die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt werden.



Irmgard Schillo
Gleichstellungsbeauftragte



Brigitta Lindemann
Schriftführerin